

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 28. März 2011**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer (ab 13:35 Uhr), (CDU)
Metzger, Sczuka, Wersch

Hestler, Kaufmann, R. Ulrich, Völker (SPD)

Haußmann, Lenk (FDP-FW)

Häuser, Jasper (Freie Wähler)

Besa (GRÜNE)

Das stv. Ausschussmitglied: Schaal (CDU)

Fokken (SPD)

Hofer, Wilhelm (FDP-FW)

Hesky (Freie Wähler)

Halder (GRÜNE)

Ferner: Kreiskämmerer Geißler
Dezernent Bauer

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 13:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 14:15 Uhr

§ 1

Angebot des Landes an den Neckar-Elektrizitätsverband zum Kauf von EnBW-Aktien

(Drucksache 2011-24-VSKA28.03.)

Landrat Fuchs gratuliert zu Beginn der Sitzung den fünf Kreisräten, die in den Landtag gewählt wurden. Die Wahl sei das Ergebnis ihrer Arbeit, und er hoffe, dass die Interessen des Kreises und der Gemeinden auch auf Landesebene vertreten werden.

Er verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert einleitend, das Land Baden-Württemberg habe letztes Jahr durch die Neckarpri GmbH 45,01 % der Aktien der EnBW von der EDF zurückerworben. Nach deutschem Aktienrecht sei ein Erwerber von mehr als 30 % der Aktien einer AG verpflichtet, allen anderen Aktionären ein Kaufangebot in gleicher Höhe zu machen. Deshalb liege dem NEV nun ein Kaufangebot seitens der Neckarpri GmbH vor. Der NEV besitze 1,7 Mio. Aktien, die beim vorliegenden Kaufangebot einen Wert von ca. 70 Mio. € haben. Die Entscheidung über die Veräußerung im NEV werde am 04.04.2011 in der Verbandsversammlung getroffen. Grundsätzlich sei er als Vertreter des Landkreises nicht verpflichtet, die Weisung des Kreistags einzuholen, da der Landkreis weder ein Viertel der Stimmen in der Verbandsversammlung besitze, noch ein entsprechender Antrag von einem Viertel der Kreisräte vorliege. Man könne aber durchaus über die Sinnhaftigkeit der kommunalen Anteile am Energiekonzern EnBW diskutieren, weswegen er sich mit dem Ausschuss abstimmen wolle. Darum wolle er noch einmal die Argumente für bzw. gegen den Verkauf der Aktien erläutern.

Der NEV sei 1991 von Kommunen als gemeinsame Plattform zur Mit- und Einwirkung auf energiepolitische Themen gegründet worden. Man habe die Meinung vertreten, dass die Energieversorgung ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sei. Dieser Einfluss könne nun ausgeübt werden, da zwischenzeitlich insgesamt ca. 51 % der Aktien in kommunaler Hand seien. Er denke, dass auch aufgrund der historischen Bewertung die lange Tradition der kommunalen Teilhabe an der Energieversorgung weitergeführt werden solle. Es sei aus seiner Sicht deswegen nicht opportun, für einen Verkauf der Aktien zu stimmen. Der Zweck des Verbandes gründe sich nicht auf Renditeerwartungen, sondern auf Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Netzentwicklung, der lokalen Versorgungstechnik etc. Er wolle auch die fiskalische Betrachtung in den Mittelpunkt stellen. Dabei müsse jedoch beachtet werden, dass durch den Verkauf nur eine Umwandlung von Sach- in Geldvermögen erfolge, was eine deutlich schlechtere Verzinsung zur Folge hätte. Die Dividende betrage momentan ca. 4 %, während Festgeld nur mit 1-2 % verzinst werde. Zum anderen sei es illusorisch

zu glauben, der Rems-Murr-Kreis könne vom Verkauf profitieren, denn die Kreise hätten keinen Anspruch auf Ausschüttung. Außerdem kämen auch die Gemeinden nicht in den Genuss einer Ausschüttung, weil das Geld auch weiterhin beim NEV zur Finanzierung der geplanten Netzbeteiligung verbleiben würde. Bisher sei diese Finanzierung über die Dividende geplant gewesen. Wenn also weder der Landkreis noch die Kommunen tatsächlich von einer Veräußerung profitieren können, frage er sich, welchen Sinn ein Verkauf machen würde.

Landrat Fuchs erklärt, er teile die Meinung, dass die Vorfälle in Japan die Gefahren der Kernenergie deutlich in das Bewusstsein der Menschen gebracht haben. Dadurch werde die Energiepolitik auf die Probe gestellt und es sei klar geworden, dass Atomenergie nur eine Brücke zu neuen Technologien sein könne. Gerade in dieser Umbruchsituation müsse es ein zentrales Interesse sein, an einer Neuorientierung aktiv teilzuhaben. In dieser Hinsicht müsse man mittel- und langfristig denken.

Kreisrat Sczuka erklärt, dass die CDU den Antrag auf nichtöffentliche Behandlung gestellt habe, weil der Landrat keine Pflicht zur Einholung einer Weisung habe. Selbstverständlich begrüße er aber auch eine Einbeziehung des Gremiums. Innerhalb der CDU herrsche eine eindeutige Meinung vor. Grundsätzlich gebe es immer zwei Sichtweisen, eine kurzfristige und eine langfristige. Bei der kurzfristigen Sichtweise lege man Wert auf das „Versilbern“ von Vermögen, auch wenn das noch lange nicht heiße, dass das Geld an die Gemeinden ausgeschüttet werde. Wer dagegen langfristig und damit strategisch denke, müsse erkennen, dass im Hinblick auf die gewünschte Rekommunalisierung der Netze ein Mitspracherecht bei der Energieerzeugung unverzichtbar sei. Darum gebe es nur eine Alternative und darum müsse der Grundgedanke der Einflussnahme aufrecht erhalten bleiben. Die CDU stimme deshalb klar gegen einen Verkauf der Aktien.

Kreisrat Kaufmann vertritt die Meinung, dass hauptsächlich der Antrag der SPD und der Grünen der Grund für diese Sitzung sei und nicht die freiwillige Aufnahme durch den Landrat. Die traditionellen Werte unterliegen seiner Ansicht nach einem gesellschaftlichen Wandel, was grundsätzlich zu befürworten sei. Zudem bleibe über die Neckarpri als 100%ige Tochtergesellschaft des Landes ein Großteil der Aktien weiterhin in öffentlicher Hand. Man müsse deshalb keine Aufsichtsratsposten in verschiedenen Gesellschaften verteilen. Bei einem Netzurückkauf erhalte man eine garantierte Rendite i.H.v. 8,25 %. Wenn man jetzt also liquide sei, werde für die Finanzierung des Netzkaufes kein Fremdkapital benötigt. Ansonsten sei eine Fremdfinanzierung zu erwarten, die die eingeplante Dividende wahrscheinlich übersteigen würde.

Er frage sich außerdem ernsthaft, wie man bei einem Anteil von 0,69 % von einer strategischen Einflussnahme sprechen könne. Er plädiere deswegen für eine Zustimmung zum Verkauf.

Landrat Fuchs stellt klar, dass dies ausdrücklich nicht der Fall sei und der Antrag der beiden Fraktionen ganz klar auf einen Bericht zum Abstimmungsverhalten im NEV im Nachgang abziele. Da eine Diskussion im Nachhinein aber keine Konsensfindung bringe, habe er sich dafür entschieden, die Diskussion bereits vor der Verbandsversammlung zu führen. Er erwidert, dass es nicht nur um den eigenen Anteil von 0,69 % gehe, sondern um die absolute Mehrheit der fünf kommunalen Verbände. Dies stelle ein Kriterium dar, das nicht unter Wert verkauft werden sollte. Zudem bestehe keine Sicherheit hinsichtlich der Absichten des Landes zur angekündigten Verwertung der Aktien. Deshalb sei der Schulterschluss zwischen den kommunalen Trägern umso wichtiger. Er bemerkt, dass selbst der Landesvorstand der SPD die Ansicht vertrete, man müsse sich mit dieser Entscheidung Zeit lassen und dürfe nicht aufgrund eines Aktienkurses mit Schnellschüssen reagieren. Für die angesprochene garantierte Rendite von 8,25 % bei einem Netzurückkauf habe er bisher noch keine schriftliche Garantieerklärung gesehen und es bestehe immer noch die Option für das Netzmodell des NEV. Die geplante Finanzierung über die Dividende der Aktien solle sicherstellen, dass keine Fremdfinanzierung nötig werde. Auch die Überlegungen der Kommunen Kernen, Remshalden und Winterbach zur Übernahme des jeweiligen Stromnetzes könne nicht aus dem Verkauf der Aktien finanziert werden, da der Erlös wie bereits besprochen beim NEV verbleibe. Eine Ausschüttung sei nur möglich, wenn der Verband aufgelöst werde. Hierzu bedarf es jedoch einer Mehrheit von vier Fünfteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung. Diese Mehrheit könne er derzeit nicht erkennen.

Kreisrat Lenk bedankt sich bei Landrat Fuchs für die Einberufung dieser Sitzung und seiner Bereitschaft, eine Weisung des Ausschusses entgegen zu nehmen. Grundsätzlich befürworte er eine Privatisierung. Da in diesem Fall der Verkaufserlös aber zunächst beim NEV verbleibe und eine spätere Ausschüttung ebenfalls fraglich sei, könne er den Verkauf nicht befürworten. Da es noch völlig unklar sei, wie sich die neue Landesregierung verhalte, sei ein kommunaler Schulterschluss nötig. Deswegen stimme er gegen einen Verkauf.

Kreisrat Hesky gibt die 80%-Hürde für eine Auflösung des Verbandes zu bedenken. Dass man Eigentum an einem Energieversorger besitze, sei zwar positiv zu bewerten, die Hoffnung, dass man über die Netze die Energiepolitik mitbestimmen könne, teile er jedoch angesichts der geringfügigen Beteiligung des NEV nicht. Er überlege aus Sicht eines Aktionärs und betrachte deswegen die Entwicklung des Unternehmenswertes. Nach der Wahl seien jetzt ganz andere Facetten zu berücksich-

tigen. Der Grund, weshalb er sich für einen Verkauf entscheiden könne, sei die Gefahr, dass kommunales Vermögen auf Dauer verloren gehen könnte. Es gebe zu viele unterschiedliche Rahmenbedingungen, um den Kurs der EnBW prognostizieren zu können. Er persönlich glaube nicht, dass die EnBW ihren Wert behalte und stimme deshalb für den Verkauf. Auch im Hinblick auf die neuen Inhaber der Landesaktien sei er überzeugt, dass auch die kommunalen Interessen vertreten werden.

Kreisrat Häuser distanziert sich von dieser Meinung und plädiert für eine Betrachtung des Gesamtbildes, also dem kommunalen Gesamtanteil über 50 % und nicht nur des kleineren NEV-Anteils von 0,69 %. Dies sei zur Geltendmachung der Interessen nötig.

Auf Frage von Kreisrat R. Ulrich antwortet Landrat Fuchs, er werde in der Verbandsversammlung so abstimmen, wie ihm der Ausschuss Weisung erteile.

Kreisrat Halder weist darauf hin, dass sich der NEV nicht als Befürworter von erneuerbaren Energien hervorgetan habe. Der NEV habe bisher keine Arbeit geleistet, sondern nur Geld verwaltet. In den Gemeinden sei es deshalb auch umstritten, ob der NEV überhaupt sinnvoll sei. Den Kauf der Aktien durch das Land halte er für ein Desaster, da ein Aktienverfall von 30 % prognostiziert werde. Das Übernahmeangebot der Neckarpri mit 41,50 € sei sehr lukrativ; so teuer werde man die Aktien nie wieder verkaufen können.

Landrat Fuchs bemerkt, dass die Aktien nicht im freien Handel seien. Ein Vermögensverfall erfolge auch nicht, da diese voraussichtlich zur Hälfte an die OEW gehen und kommunal gepoolt würden. Wenn die EnBW von der Kernenergie Abstand nehme, werde über andere Energieträger eine Rendite erzielt.

Kreisrat Hofer ergänzt, dass in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge kein Aktionärsdenken, sondern Solidarität gefordert sei. Das Thema könne nicht nur kaufmännisch beurteilt werden. Bei Aktien bestehe immer das Risiko, dass diese fallen oder aber auch an Wert gewinnen können. Eine Beurteilung des Vermögensverlustes könne erst hinterher vorgenommen werden.

Auch wenn die Aktien nicht frei handelbar seien, orientiere sich die Dividende trotzdem am Wert der Aktien, so Kreisrat Kaufmann.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 12 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung des NEV am 04.04.2011 wird angewiesen, dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zuzustimmen: „Der Beschluss der Verbandsversammlung vom 25.11.2010, im Jahr 2013 darüber zu beraten und zu entscheiden, wie mit dem Gewinn und Vermögen des Verbandes in der Zukunft verfahren wird, wird aufrechterhalten; das Übernahmeangebot der Neckarpri GmbH wird nicht angenommen.“

Auszüge:

1 GB Finanzen

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert